



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Verbandes medizinischer Fachberufe e. V.**

Fach- und Sachkompetenz anerkennen und nutzen

- 1. Welche speziellen Konzepte hat Ihre Partei, um die Sach- und Fachkompetenz unserer Berufsangehörigen noch besser zu nutzen und als festen Bestandteil in die medizinische Versorgung zu integrieren?**

Antwort

CDU und CSU wollen die Attraktivität der Gesundheitsberufe steigern. Dazu gilt es, Potenziale, Kompetenzen und Fähigkeiten der im Gesundheitswesen Tätigen zu stärken und weiterzuentwickeln wie auch im Interesse der Patienten bestmöglich einzusetzen. Abgrenzungen zwischen Institutionen und Professionen sind angesichts von Mehrfacherkrankungen sowie regionaler Disparität auf ihre Notwendigkeit, Effizienz und Zukunftsfähigkeit zu überprüfen. Tätigkeiten können zugunsten von mehr Kooperation, Delegation verändert oder zu neuen Berufsbildern weiterentwickelt werden. Nach der Schaffung des Berufs des Notfallsanitäters streben CDU und CSU u. a. eine ganzheitliche, integrierte, einheitliche Pflegeausbildung sowie die Bündelung von neuen Assistenzberufen im Krankenhaus an.

- 2. Welche Rolle spielt für Sie die Alterszahnheilkunde und wo sehen Sie dabei die Zahnmedizinische Fachangestellten?**

Antwort

In der laufenden Wahlperiode wurden mit dem Versorgungsstrukturgesetz und dem Pflegeneuausrichtungsgesetz neue Leistungspositionen für die aufsuchende zahnmedizinische Betreuung umgesetzt, die insbesondere die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftigen berücksichtigt. Diesen Weg wollen CDU und CSU weitergehen. In diesem Zusammenhang wollen wir die Potenziale, Kompetenzen und Fähigkeiten der Zahnmedizinischen Fachangestellten stärken und weiterentwickeln und im Interesse der Patienten bestmöglich einsetzen.

Gleichwertige Anerkennung der Berufe erforderlich

3. **Wie wollen Sie geschlechterspezifische Ungleichheiten beseitigen, um eine Gleichwertigkeit der bisher von Frauen dominierten Gesundheitsfachberufe mit den technischen, kaufmännischen und verwaltenden Berufen herzustellen – im Hinblick auf Qualifizierung und Entlohnung?**

Antwort

CDU und CSU unterstützen die Durchsetzung des Anspruchs von Frauen auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Ebenso werden wir prüfen, gesetzliche Transparenzpflichten einzuführen, um Entgeltgleichheit von Frauen und Männern zu erreichen. Gerade bei jungen Frauen, die eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, wollen wir für Berufe werben, die bislang als typische „Männerberufe“ gelten. Auch das kann zu besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt führen.

Ressourcenverschwendung trotz Fachkräftemangel

4. **Können wir uns diese Ressourcenverschwendung, insbesondere bei der derzeitigen Fachkräftesituation leisten?**
5. **Wie könnte Ihrer Meinung nach ein Kompetenzanerkennungsmodell aussehen?**
6. **Welche Vorstellungen haben Sie für die Nutzung dieser Fachkompetenzen über Berufsabschlüsse hinweg?**

Die Fragen 4 bis 6 werden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Antwort

Eine der größten Herausforderungen für unsere Wirtschaft ist der Bedarf an gut ausgebildeten Mitarbeitern. Schon heute gibt es Branchen und Regionen, die wirtschaftlich erfolgreicher sein könnten, wenn es ausreichend Fachkräfte geben würde. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung mit der Umsetzung ihres Fachkräftekonzepts begonnen. Im Mittelpunkt steht die Qualifizierung von Arbeitnehmern.

Im Rahmen der Novellierung der Berufsankennungsrichtlinie haben sich CDU und CSU dagegen ausgesprochen, den Zugang zu den Gesundheitsberufen an eine 12-jährige Schulzeit zu knüpfen. Im Übrigen stehen die berufsfachschulisch ausgebildeten deutschen Fachkräfte ihren akademisch ausgebildeten europäischen Kollegen hinsichtlich Kompetenz und Leistungsvermögen in nichts nach. Eine generelle Akademisierung der deutschen Gesundheitsberufe würde die Gruppe der zur Ausbildung Berechtigten stark verringern und den bestehenden Fachkräftemangel noch verschärfen.

CDU und CSU haben das „Gesetz zur Einführung einer Modellklausel in die Berufsgesetze der Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten“ maßgeblich vorgebracht. Damit wird die Möglichkeit von Modellausbildungen auch an Hochschulen geschaffen. Hierdurch können neue Ausbildungsstrukturen für diese Gesundheitsberufe erprobt werden. Dies schließt die akademische Erstausbildung ein. Die Berufsbilder können zukunftsweisend weiter entwickelt werden und den veränderten und höheren Anforderungen im Gesundheitswesen Rechnung tragen. Die Weiterentwicklung dieser Berufe kann zur Entlastung der Ärzte und zu einer besseren Kooperation zwischen ärztlichen und nicht-ärztlichen Leistungserbringern führen. Nach Vorliegen der Ergebnisse der Evaluierung Ende 2015 werden CDU und CSU über das weitere Vorgehen entscheiden.

Kompetenzgewinn durch Nutzung vorhandener Ressourcen

7. Wie wollen Sie diese Kompetenzen bei den künftig noch wachsenden Aufgaben in diesen Bereichen nutzen?

Antwort

Wie bereits ausgeführt, wollen CDU und CSU die Attraktivität der Gesundheitsberufe steigern. Dazu gehören gute Ausbildungsmöglichkeiten ebenso wie die Weiterentwicklung der Berufsbilder im Gesundheitswesen. Dies gilt auch für alle tiermedizinischen Berufe.

Nachhaltige Reform der Minijobs auch zugunsten der Altersvorsorge

8. Welches Programm für eine gendergerechte Arbeitsmarktpolitik einschließlich einer gleichstellungsorientierten Altersvorsorge haben Sie?

Antwort

Der Anteil berufstätiger Frauen ist bei uns seit 2005 deutlich gestiegen, stärker als in jedem anderen Land der Europäischen Union. Das ist eine gute Entwicklung für Deutschland. Denn CDU und CSU sind überzeugt, dass wir bessere Chancen haben, ein wirtschaftlich erfolgreiches Land zu bleiben, wenn Frauen und Männer, Jüngere und Ältere, Einheimische und Zugewanderte ihre Kompetenzen und Fähigkeiten gleichermaßen in den Betrieben einbringen. Unser Ziel sind gleichwertige Chancen für alle – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Hautfarbe.

Dazu gehört, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen. Wie bereits dargestellt, unterstützen CDU und CSU deshalb die Durchsetzung des Anspruchs von Frauen auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Ebenso werden wir prüfen, gesetzliche Transparenzpflichten einzuführen, um Entgeltgleichheit von Frauen und Männern zu erreichen. Gerade bei jungen Frauen, die eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, wollen wir für Berufe werben, die bislang als typische „Männerberufe“ gelten. Auch das kann zu besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt führen.

Eine bessere Bezahlung in Berufen, die besonders häufig von Frauen ausgeübt werden, kann ebenfalls zu mehr Lohngleichheit führen. CDU und CSU haben einen Mindestlohn in der Pflege eingeführt und auch damit zu mehr Lohngleichheit beigetragen. Ziel muss es sein, die Arbeit beispielsweise in der Pflege, Betreuung und frühkindlichen Bildung weiter aufzuwerten, auch in der Bezahlung.

Gerade Frauen sind oft in Teilzeit beschäftigt, obwohl sie gerne in größerem Umfang arbeiten würden. CDU und CSU wollen das gemeinsam mit den Sozialpartnern im Interesse von Beschäftigten und Unternehmen ändern. Dabei werden wir einen Schwerpunkt darauf setzen, die Rückkehr aus einer Familienphase oder von der Teilzeit- zur Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern. Wir wollen Frauen und Männern nach einer Er-

ziehungs- oder Pflegephase die Rückkehr in Vollzeit mithilfe eines Rechtsanspruchs ermöglichen.

9. Wie wollen Sie die Altersarmut von Frauen verhindern?

Antwort

CDU und CSU haben die Kindererziehungszeit in der Rente eingeführt und schrittweise verbessert. Ab 2014 wollen wir für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen. Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich 650 Euro mehr Rente im Jahr. Diese bessere Anerkennung ist durch die gute finanzielle Situation der Rentenversicherung und vorhandene Mittel aus dem Zuschuss des Bundes möglich.

Ebenso wollen CDU und CSU die Zeiten der Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung besser berücksichtigen. Wer einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen begleitet, betreut und pflegt, leistet einen großen mitmenschlichen Dienst, den wir besser anerkennen wollen.

CDU und CSU wollen, dass Lebensleistung in der Rente zum Ausdruck kommt. Wer jahrzehntelang gearbeitet, in den Generationenvertrag eingezahlt und zusätzlich vorgesorgt hat, muss im Alter eine auskömmliche Rente haben und darf nicht auf Grundversicherung angewiesen sein. Wer 40 Jahre versichert ist und private Vorsorge getroffen hat, soll einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten. Die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen und/oder Angehörige gepflegt haben, wollen wir dabei in stärkerem Maße anerkennen. Zugleich wollen wir die Erwerbsbiografie der Menschen in den neuen Ländern besonders berücksichtigen.

CDU und CSU wollen weiter dafür sorgen, dass Lebensleistung sowie private und betriebliche Vorsorge durch Freibeträge im Alter anerkannt werden. Wer für sein Alter entsprechend vorgesorgt hat, muss aufgrund dieser Vorsorge besser dastehen, als jemand, der dies nicht getan hat. Damit können auch Geringverdiener eine auskömmliche Rente aus eigener Kraft beziehen.

10. Welche Schritte zur Reform der Minijobs werden Sie als erstes einleiten?

Antwort

Minijobs haben eine wichtige Funktion auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie ermöglichen vielen Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt oder sich ohne viel bürokratischen Aufwand Geld dazu zu verdienen. Sie reduzieren Schwarzarbeit, bringen so zusätzlich Geld in die Sozial- und Steuereinkassen und bieten insbesondere kleinen und mittleren Betrieben die Chance, flexibel auf die Auftragslage zu reagieren. Diese Flexibilität darf aber nicht zum Missbrauch führen. Der Einsatz von Minijobs kann nicht die Grundlage eines Geschäftsmodells sein, sondern ist lediglich eine sinnvolle Ergänzungsmöglichkeit für Beschäftigung. Der Betrag ist aktuell erst von 400 Euro auf 450 Euro angehoben worden; eine erneute Anpassung ist nicht geplant.